

Der Wahlkreisbrief

Neues aus dem Wahlkreis 23 3 / 2015

Danny Eichelbaum sendet Ihnen den Wahlkreisbrief zu seiner Arbeit als Abgeordneter im Landtag Brandenburg

Inhalt

Neues aus dem Wahlkreis

Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Aktuelle Themen aus dem Landtag



Neues aus dem Wahlkreis

Danny Eichelbaum als Marineoffizier auf hoher See

Im September tauschten zivile Führungskräfte ihre Zivilkleidung gegen die Marineuniform ein und erlebten eine Woche lang als Oberleutnant zur See die deutsche Marine in unterschiedlichen Facetten kennen. Einer von ihnen war der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum. Mit ihm sprach Blickpunkt Redakteur Jörg Reuter:

Herr Eichelbaum, wie kam es dazu, dass Sie zur Marine eingezogen wurden?

Eichelbaum: Der Landtag und das Kinderheim in Trebbin haben seit über 20 Jahren eine Patenschaft mit der Fregatte Brandenburg. Nach einem Besuch der Fregatte in Wilhelmshaven lud ich die Mannschaft in meinen Wahlkreis nach Ludwigsfelde und nach Trebbin ein. Der Kommandant des Schiffes, Fregattenkapitän Ivo Schneider, entdeckte meine Affinität zur Seefahrt und so wurde ich vom Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Andreas Krause, zur Absolvierung des Marineeinsatzes nach Flensburg eingeladen.



Wer gehörte noch zu Ihrer Crew?

Eichelbaum: Menschen aus ganz unterschiedlichen Bereichen, darunter Politiker, Richter, Unternehmer und Diplomaten, wie zum Beispiel der deutsche Botschafter in Kuwait, Eugen Wollfarth oder meine Kollegen aus dem Bundestag und Landtag, Gisela Manderla, Michaela Noll und Rainer Genilke.

Was gehörte zum Programm?



Wir erhielten einzigartige Einblicke in den Alltag eines Marinesoldaten. Dazu gehörte auch der Formaldienst und das Erlernen des soldatischen Handwerkszeuges. Zunächst lernten wir die Marineschule für Offiziere in Flensburg und das Marinehauptquartier in Glücksburg kennen. Nach dem feierlichen Gelöbnis wurde uns die Einsatzflotille 1 und die Seeluftstreitkräfte vorgestellt. Es folgte ein Besuch beim 1. U-Bootgeschwader, beim Seebataillon in Eckernförde, die Absolvierung einer Brandabwehrübung im Einsatzausbildungszentrum Neustadt und die Besichtigung des Marinefliegerstützpunktes in Nordholz. Auf der Fahrt mit dem Minenjagdtboot Bad Bevensen auf der Ostsee und mit der Fregatte Karlsruhe auf der Nordsee erhielten wir einen

Eindruck davon, was Seefahrt für die Besatzungen bedeutet. Wieder zurück in Flensburg nahmen wir am Spitzenessen mit den Stellvertreter des Inspektors der Marine und Befehlshabers der Flotte, Vizeadmiral Rainer Brinkmann teil. Die Woche war für alle Teilnehmer ein unvergessliches Erlebnis.

Welche Ziele verfolgt die Deutsche Marine mit der Veranstaltung?

Eichelbaum: Die Marine möchte in erster Linie über ihre Arbeit, ihre Zielstellung, aber auch über die Herausforderungen, mit der die Seestreitkräfte konfrontiert sind, informieren. Hierzu gab es Vorträge von hochkarätigen Marineoffizieren und Admirälen, die uns jederzeit für unsere Fragen zur Verfügung standen. Viele Marinesoldaten verteidigen in internationalen Einsätzen unsere Freiheit und Sicherheit. Allein im Mittelmeer hat die Marine fast unbemerkt seit Mai über 7000 Flüchtlinge gerettet. Das verdient meinen Respekt und meine Anerkennung.

Quelle: <http://www.blickpunkt-brandenburg.de>, 24.09.2015

Eine Woche Marine konzentriert

Zum 69. Mal lud der Inspekteur 22 Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft ein, um diesen die Möglichkeit zu geben, innerhalb einer Woche tiefe und detaillierte Einblicke in die Deutsche Marine zu erlangen. Um dieses Vorhaben effektiv umsetzen zu können, begann die Woche an der Marineschule Mürwik mit der Einkleidung und Ernennung zum Oberleutnant zur See der Reserve, um den Teilnehmer als Angehörige der Deutschen Marine auch das Gefühl des Dazugehörens zu vermitteln.

Dazu gehörten selbst so scheinbar belanglose Dinge wie der Formaldienst und der erste Landgang in Uniform, welcher von den Teilnehmern als interessante Erfahrung gewertet wurde. Den Abschluss des ersten Teils in Flensburg bildete dann am Montagabend das feierliche Gelöbnis in der Aula der Marineschule Mürwik (MSM), hier gab es für alle Beteiligten Emotionen pur bei diesem beeindruckenden Festakt.

Am frühen Dienstagmorgen ging es dann in den praktischen Teil der Woche, zunächst wurde in Eckernförde das Seebataillon sowie das 1. Ubootgeschwader besucht. Hier zeigten sich die Teilnehmer sehr beeindruckt von den Fähigkeiten der Marine in allen Dimensionen und im Tiefensteuersimulator erahnte man bereits, was Seefahrt bedeutet. Das konnte im Anschluss gleich in die Praxis umgesetzt werden. An Bord des Minenjagdbootes „Bad Bevensen“ ging es auf den rund siebenstündigen Transit nach Neustadt zum EAZS, der bei leicht unruhiger See doch schon die ersten Seebeine forderte.

Willkommen an Bord

In Neustadt durchliefen die Teilnehmer die Brand- oder Leckabwehrübung und konnten so am eigenen Leib einmal die Gefahren durch Feuer oder Wasser an Bord kennenlernen. Über den Marinefliegerstützpunkt Nordholz und eine Besichtigung der fliegenden Komponenten ging die Gruppe dann am Mittwochabend an Bord der Fregatte „Karlsruhe“, um die Nacht auf der Nordsee zu verbringen. Die Nordsee zeigte sich dann auch von ihrer wirklichen Seite. Der Wind frischte auf und das Schiff bewegte sich ordentlich im Seegang, was den ein oder anderen an die Leistungsgrenze brachte. Aber auch diese Erfahrungen prägten die Crew der 69. Informationsveranstaltung der Marine für zivile Führungskräfte (InfoDVag), umso mehr war man dankbar, auch die anstrengende Seite der Seefahrt ungeschönt erleben zu dürfen.

Donnerstagabend trafen die Oberleutnante wieder an der MSM ein, um mit dem Stellvertreter des Inspektors der Marine und Befehlshaber der Flotte und Unterstützungskräfte, Vizeadmiral Rainer Brinkmann, gemeinsam das traditionelle Spitzenessen zu sich zu nehmen, welches auch

dank der teilstreitkraftübergreifenden Unterstützung durch die Logistikschule der Bundeswehr als „Grand-Hotel würdig“ befunden wurde.

Und so war die Woche dann am Freitag auch schon um. Die Crew der 69. InfoDVag, die als Individuen anreisen und sich nun alle persönlich nahe stehen, verließ Mürwik und die Deutsche Marine mit dem Versprechen, die Informationen mit in ihren Bereich zu nehmen und sich und die Deutsche Marine wiederzusehen.

Quelle: www.marine.de, 23.09.2015

23.09.2015 Besuchergruppe aus Thyrow im Landtag



Chance für barrierefreien Ausbau

Die Bundesregierung hat ein Förderprogramm für den barrierefreien Ausbau kleiner Bahnhöfe aufgelegt - und davon könnte auch Großbeeren profitieren, findet jedenfalls der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum. "Endlich besteht die Chance, den Bahnhof Großbeeren barrierefrei auszubauen", so Eichelbaum. Der Bund stelle 50 Millionen Euro zur Verfügung, um kleine Stationen, mit weniger als 1000 Ein- und Aussteigern pro Tag, barrierefrei zu machen. Bis zum Herbst 2015 soll das Land Brandenburg geeignete Projekte benennen. Die vorgeschlagenen Stationen sollen innerhalb von drei Jahren, also bis spätestens 2018, barrierefrei umgebaut werden. "Ich fordere die Landesregierung auf, den Bahnhof Großbeeren in die zu fördernden Projekte aufzunehmen", sagte Eichelbaum.

Am Großbeereener Bahnhof ist nur ein Gleis barrierefrei zugänglich, nämlich das in Richtung Ludwigsfelde. Das zweite, an dem die Züge nach Berlin abfahren, ist nur über eine steile Treppe zu erreichen. Im Ort gibt es daher schon lange Forderungen, auch dieses zweite Gleis besser zugänglich zu machen. Auch die CDU fordert einen solchen Ausbau des Bahnhofes seit Jahren. Bislang scheiterten aber alle Bemühungen daran, dass die Zahl der ein- und aussteigenden Fahrgäste in Großbeeren zu gering war. Daher hatten bei den Programmen von Land und Bahn immer andere Stationen Vorrang bekommen.

Quelle: *Märkische Allgemeine Zeitung*, 03.08.2015

09.09.2015 Besuch der Franke Aquarotter GmbH in Ludwigsfelde



Ärger über lange Bauzeit - CDU-Politiker fordern schnellere Fertigstellung der B101

Die Freude über den begonnenen Lückenschluss der B101 mit der Ortsumfahrung Thyrow ist bei Politikern der Region ungetrübt. Die CDU-Landtagsabgeordneten Sven Petke und Danny Eichelbaum kritisieren jetzt, dass das letzte Teilstück erst Ende 2018 fertig sein soll. "Das sind seit dem Spatenstich Ende Mai noch dreieinhalb Jahre Bauzeit für fünf Kilometer", empört sich Petke gegenüber der MAZ. Er habe zwar Verständnis für aufwendige Brückenbauwerke und den Tierschutz, "aber bisher wurden offenbar nur Kröten gezählt", sagte er.

Auf eine Kleine Anfrage an die Landesregierung zum Baufortschritt hatten Petke und Eichelbaum die Antwort erhalten, dass bislang Artenschutzmaßnahmen durchgeführt und die streng geschützten Zauneidechsen in ein artgerechtes Ersatzhabitat umgesiedelt wurden - die MAZ berichtete darüber. Seit Mitte Juli laufen zudem die Rodungsarbeiten. "Die Bundesstraße verbindet den Landkreis mit der Berlin-Region und ist von enormer Wichtigkeit. Die Bürger haben diesen Komfort endlich verdient", sagt Petke. Er wolle nicht akzeptieren, "dass man pro anderthalb Kilometer Straße ein Jahr Bauzeit braucht" und fordert die Fertigstellung im Jahr 2017. "Nötigenfalls muss man eben Prämien für die Baufirmen ausloben." Auch für Eichelbaum als Vorsitzenden des Ausschusses für Infrastruktur des Landtags ist das Bauende 2018 nicht akzeptabel. "Pendler und Unternehmen warten auf den Lückenschluss. Ich erwarte, dass der Landkreis, der wie der Bund erhebliche Mittel für den Bau zur Verfügung stellt, jetzt gegenüber dem Land eine schnellere Baufertigstellung fordert", erklärt er.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 31.07.2015



05.09.2015 Sommerfest der CDU Grossbeeren

30.08.2015 Frühschoppen in
Rehagen anlässlich der
Bürgermeisterwahl in der Gemeinde
Am Mellensee



Kampfmittelräumung Einsatz in der Gefahrenzone - Weltkriegsbomben und Granaten erschweren die Arbeit der Feuerwehren in den Wäldern. Danny Eichelbaum (CDU) fordert Konzepte vom Land.

Auf Einsätze wie den am Sonnabend würden die Feuerwehrleute aus Nuthe- Urstromtal und Luckenwalde künftig gern verzichten. Sie waren zu einem Waldbrand bei Stülpe gerufen worden. Als sie mit ihrer Arbeit fertig waren, fanden sie einige Meter neben der gelöschten Fläche eine 50-Kilo-Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg. "In solchen Momenten mag man nicht darüber nachdenken, was alles hätte passieren können", sagt Mathias Richter, der den Einsatz leitete. "Wenn wir gewusst hätten, dass die Bombe dort liegt, hätten wir das Gelände weiträumig abgesperrt und uns zurückgezogen."

Das Problem: So etwas kann in der Region bei fast jedem Waldbrand passieren, denn die Landkreise Dahme- Spreewald und Teltow-Fläming sind massiv munitionsbelastet. Ob in den Wäldern um Halbe, wo vor 70 Jahren die Kesselschlacht tobte, ob um Ludwigsfelde, wo Fliegerbomben niedergingen, oder in den riesigen Gebieten um Jüterbog, wo das Militär mehr als hundert Jahre lang alles verschossen hat, was fliegt und explodiert - überall liegen tonnenweise Granaten in der Erde. Wie viele es sind, weiß niemand. Schon gar nicht die Feuerwehrleute, die Waldbrände löschen oder zumindest kontrollieren müssen. Um die Gefahr für die Wehren zumindest einzudämmen, hat der CDU-Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum gestern erneut das Land aufgefordert, ein Konzept zu erstellen, wie die vorhandene Munition in den Brandenburgischen Wäldern geborgen und beseitigt werden kann. "Es kann nicht sein, dass wir nach 70 Jahren immer noch unter den Folgen des Zweiten Weltkriegs leiden müssen", sagt er.

Eichelbaum fordert, dass die Landesregierung ein Kataster der belasteten Flächen erstellt und das Geld im Haushalt aufstockt, um Blindgänger zügig und systematisch entschärfen zu können. Ein gemeinsamer Fonds aus Bundes- und Landesmitteln könne der Situation Rechnung tragen, sagt Eichelbaum. Beim brandenburgischen Innenministerium hält man diese Vorstellungen allerdings für realitätsfremd. Der Bund zahle nur für die Entschärfung deutscher Bomben. Auf allen anderen Munitionsfunden bleibe das Land sitzen, sagt Sprecher Wolfgang Brandt. "Der Bund ist derzeit auch nicht bereit, mehr Geld bereitzustellen." Das Land Brandenburg beschäftigt aktuell 61 Mitarbeiter im Kampfmittelräumdienst, die systematisch nach Blindgängern suchen - allerdings in erster Linie in dicht besiedelten Gebieten wie Potsdam oder Oranienburg. In den Waldgebieten im Süden Berlins sei das nicht möglich. "Wenn man diese Wälder beräumen wollte, müsste man dort alle Bäume fällen", so Brandt.

Das wolle keiner und das könne auch keiner bezahlen - davon abgesehen, dass auch dann die Sanierung der riesigen Flächen Jahrzehnte dauern würde. In Brandenburg stehen insgesamt rund 350 000 Hektar Land unter Munitionsverdacht, was etwa der Fläche Mallorcas entspricht. Darunter befinden sich Gebiete wie die Seelower Höhen, auf die im April 1945 beim Durchbruch der Roten Armee das größte Trommelfeuer der Kriegsgeschichte niederging. Die Jahresbilanz des Kampfmittelräumdienstes nimmt sich dagegen verschwindend gering aus: Im Jahr 2013 bereinigten die Mitarbeiter insgesamt 300 Hektar Fläche. Sie bargen dabei rund 300 Tonnen Munition. Weil die Räumung der Flächen nicht möglich ist, hätten die Wehren strikte Anweisung, die entsprechenden Wälder nicht zu betreten.

Im Falle eines Brandes sollen sie nur dafür sorgen, dass das Feuer nicht auf angrenzende Waldstücke oder Dörfer überspringt. "Es gab mal ein Konzept, Ringlinien um die Wälder zu schaffen. Aber der Streuradius der Bomben, die dort vermutet werden, reicht weiter als der Wasserstrahl. Damit war das zu gefährlich", sagt Brandt. Aus diesem Grund werde über Gebieten wie Jüterbog oder Halbe auch nicht mehr mit Löschhubschraubern agiert. Lutz Selent, Ortswehrführer in Jüterbog, hält eine Komplettsanierung des alten Schießplatzes Jüterbog auch für utopisch. "Das sind 3000 Hektar, wer soll das machen", sagt er. Zum Schutz seiner Leute wünscht er sich eher, dass mehr Löschwasserentnahmestellen gebaut und mehr Brandschutzstreifen angelegt werden, die irgendwann das Gelände wie ein Schachbrettmuster durchziehen könnten. "Das würde uns schon helfen", sagt er. Bislang sind die Jüterboger Feuerwehrleute noch oft auf Hilfe von oben angewiesen. In diesem Sommer hat es schon zweimal auf dem Schießplatz gebrannt, am stärksten am 5. Juli, als sich eine Feuerwand durch 130 Hektar Wald fräste. Der Wehr half schließlich der einsetzende Regen, der den Brand fast allein löschte.

Sollte es an einem solchen Tag aber trocken bleiben, dann wäre das Feuer auf großen Flächen praktisch unaufhaltbar, sagt Selent. Wenn es dann zu einem unkontrollierten Wipfelbrand käme, während im Waldboden die Geschosse explodieren, dann würde er auch seine Leute dort abziehen. Alltäglich sind Einsätze an Verdachtsflächen für die Feuerwehr deshalb nie. "Wenn man da ins Auto steigt, fragt man sich immer: Wo begeben sich mich jetzt eigentlich hin?", sagt Selent.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.07.2015



22.07.2015 Stippvisite im
Kreisjugendfeuerwehrlager in Dobrikow

18.07.2015 Eröffnung des Aktiv-Stadt Parks in
Ludwigsfelde



Nachrichten aus dem Landkreis Teltow-Fläming

Miteinander in Kolzenburg - Behinderte und Skater feierten zum 15. Mal gemeinsam - trotz Regens!

Menschen mit und ohne Behinderungen zusammenbringen, ein selbstverständliches Miteinander fördern – dies wird nun schon seit 15 Jahren mit dem Behinderten- und Skaterfest gelebt.

Auch in diesem Jahr kamen zahlreiche Gäste, um – trotz Regenschauer – gemeinsam einen schönen Nachmittag zu verbringen. Landrätin Kornelia Wehlan begrüßte zusammen mit den Geschäftsführern des DRK, Harald-Albert Swik, der AWO, Wolfgang Luplow, und der Volkssolidarität, Steffen Große, sowie den anwesenden Landtagsabgeordneten Anita Tack, Danny Eichelbaum und Erik Stohn die Gäste.



Das Bühnenprogramm gestalteten Jugendliche aus der DRK-Mozartstraße sowie die Line-Dance-Gruppe und das Männerballett der Wünsdorfer Werkstätten. In vielen Übungsstunden hatten sie sich auf ihren großen Auftritt vorbereitet. Ein Dank gilt auch den „Singdrosseln“ aus Felgentreu, die das fröhliche Programm auf der Bühne komplettierten.



Mehrere Informationsstände luden zu Gesprächen und zu Mitmachangeboten ein. Und für das leibliche Wohl war natürlich auch gesorgt.

Leider musste aufgrund der widrigen Witterungsumstände die traditionelle Rollstuhlstaffel abgesagt werden.

Ein herzliches Dankeschön an dieser Stelle allen Unterstützer des Festes:

- Mittelbrandenburgische Sparkasse
- Stadt Luckenwalde
- Gemeinde Nuthe-Urstromtal
- Hotel und Gasthaus „Zum Eichenkranz“
- Ortsverein Kolzenburg
- DRK Kreisverband Fläming-Spreewald e. V.
- AWO Regionalverband Brandenburg Süd e. V.
- Volkssolidarität Regionalverband Fläming-Elster e. V.

Quelle: www.teltow-flaeming.de, 10.09.2015

Vorstoß der CDU Teltow-Fläming - Kasernen sollen Flüchtlingsheime werden

Kasernen rotten überall vor sich hin und stürzen ein. Nun gibt es einen Vorschlag der CDU im Kreistag, sie zu Unterkünften für Flüchtlinge umzunutzen. Fördermittel stellt der Bund dafür in Aussicht. Der Vorsitzende der Kreistagsfraktion der CDU, Danny Eichelbaum, hat mit der MAZ über seine Vorstellungen gesprochen.

MAZ: In Jüterbog stehen viele alte Kasernen aus Kaisers Zeiten. Kommen die als Flüchtlingsheime infrage?

Danny Eichelbaum: Bevor Flüchtlinge menschenunwürdig in Zelten, Turnhallen oder anderen Notunterkünften untergebracht werden, sollte die Kreisverwaltung prüfen, ob eine Unterbringung auch in ehemaligen Kasernen möglich wäre. Voraussetzung ist aber, dass diese noch sanierungsfähig sind. Für derartige Bauvorhaben hat die Landesinvestitionsbank ein Förderprogramm aufgelegt. Soweit es rechtlich möglich ist, wäre es wünschenswert, wenn die Flüchtlinge auch selbst Hand anlegen und Eigenleistungen erbringen. Dem weiteren Verfall dieser historischen Gebäude könnte so entgegengewirkt werden. Jüterbog käme aber eher nicht infrage. Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Kommunen ist schon jetzt nicht satzungsgerecht.

Warum ist die jetzige Verteilung nicht satzungskonform? Etwa weil manche Orte gar keine Asylbewerber aufnehmen?

Eichelbaum: Einige Gemeinden nehmen weniger Flüchtlinge auf, als sie nach der Kreissatzung aufnehmen müssten und begründen dies mit fehlenden Unterbringungskapazitäten. Fakt ist, dass in einigen südlichen Gemeinden momentan mehr Flüchtlinge untergebracht werden, als dies von unserer Kreissatzung vorgeschrieben ist. Die Verteilung der Flüchtlinge muss entsprechend einem prozentualen Schlüssel erfolgen, der sich nach der Einwohnerzahl richtet. Wer das ändern möchte, benötigt dafür einen Kreistagsbeschluss. Deshalb ein großes Lob an die Kommunen, die unter schwierigsten Bedingungen versuchen, die Flüchtlinge schnell und gut unterzubringen.

Aber Kasernen gibt es auch im Norden des Kreises, zum Beispiel in Wünsdorf. Sind das Möglichkeiten?

Eichelbaum: Das Land plant, in Wünsdorf eine Erstaufnahmereinrichtung für Flüchtlinge mit bis zu 1200 Plätzen zu schaffen. Das ist eine enorme Herausforderung, die die Stadt Zossen zu bewältigen hat. Darüber hinaus noch weitere Flüchtlinge in Wünsdorf unterzubringen, halte ich für nicht verkraftbar. Wir dürfen die Solidarität und Hilfsbereitschaft in unseren Kommunen auch nicht überstrapazieren.

Wo sind dann die Standorte zur Umnutzung der Kasernen?

Eichelbaum: Niedergörsdorf und Sperenberg beispielsweise. Und wenn der Flüchtlingsstrom anhält, müssen auch Kommunen weitere aufnehmen, die ihre Pflicht jetzt erfüllt haben.

An vielen Stellen richtet sich der CDU-Antrag an Bundes- und Landesregierung. Sie unterstützen etwa die Forderung, die Balkanstaaten Kosovo, Albanien und Montenegro zu sicheren Drittstaaten im Sinne des Asylrechts zu erklären. Hat dies Aussicht auf Erfolg?

Eichelbaum: Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, unsere Kommunen können diese Probleme nicht allein stemmen. Angesichts der dramatisch steigenden Flüchtlingszahlen muss jetzt schnell gehandelt werden. Es kann nicht sein, dass nur Deutschland und Schweden die Mehrheit der Flüchtlinge in der EU aufnehmen, hier brauchen wir eine gerechtere Verteilung der Flüchtlinge in der EU. Außerdem brauchen wir schnellere Asylverfahren und eine konsequente und schnelle Abschiebung ausreisepflichtiger Personen. Wenn wir die Solidarität der Menschen vor Ort erhalten und weitere Kapazitäten für politisch verfolgte Asylbewerber schaffen wollen, müssen wir auch den Asylmissbrauch konsequent bekämpfen.

Der Antrag im Kreistag ist zur Beratung in die Ausschüsse überwiesen worden. Wann rechnen Sie mit einem Ergebnis?

Eichelbaum: Zunächst freut es mich, dass auch die Kreisverwaltung in ihrer Stellungnahme unseren Antrag unterstützt. Sie hält unsere Vorschläge „für eine Verbesserung der Abstimmung und des Verfahrens im Umgang mit Flüchtlingen für sinnvoll und richtungsweisend.“ Ich rechne damit, dass der Kreistag noch im September über unseren Antrag entscheiden wird.

In Nauen und Heidenau gab es kürzlich Übergriffe auf Flüchtlingsheime. Wie schätzen Sie die Sicherheitslage in der Region ein?

Eichelbaum: Ich bin davon überzeugt, dass die Sicherheitsbehörden alles unternehmen, um derartige Vorfälle bei uns zu verhindern. Hass und Gewalt gegen Flüchtlinge dürfen nicht toleriert werden. Hier muss mit allen Mitteln des Rechtsstaates hart durchgegriffen werden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 05.09.2015



04.09.2015 Geburtstagsfeier 70 Jahre CDU Deutschland, 22 Jahre CDU Teltow-Fläming in Luckenwalde

Ringer-Stützpunkte haben Perspektive

An den Stützpunkten Luckenwalde und Frankfurt/Oder hält der Deutsche Ringer Bund (DRB) fest. Beide werden bis 2020 in der Perspektivplanung des Verbandes berücksichtigt. Darüber informierte DRB-Sportdirektor Jannis Zamanduridis in einem Schreiben an den Ringer Verband Brandenburg (RVB). "Mir ist ein Stein vom Herzen gefallen. Seit Jahren kämpfen wir als Verband, der LSC, die Stadt Luckenwalde und der Landkreis Teltow-Fläming für den Fortbestand des Bundesstützpunktes in Luckenwalde", freute sich RVB-Präsident Danny Eichelbaum.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 28.08.2015

Kreis unterstützt Kraftwerksidee - Umwelt- und Landwirtschaftsausschuss berät über Multi-Energie-Projekt in Sperenberg

Dort wo Fliegen als Proteinspender und Insekten als Nützlinge gezüchtet werden, tagte jüngst der Landwirtschafts- und Unterausschuss des Kreistags von Teltow-Fläming. Nachdem sich seine Mitglieder bei dem Unternehmen Hermetia im Baruther Industriegebiet über alternative Nahrungsquellen für Tiere und die biologische Schädlingsbekämpfung informiert hatten, ging es um alternative Energiequellen und deren Speicherung auf dem Gebiet der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kammersdorf-Gut.

Beratet wurde ein Antrag der SPD-Fraktion, ergänzt von der Links- und der CDU-Fraktion, wonach der Kreistag die Initiative der Kommunen Am Mellensee, Nuthe-Urstromtal, Trebbin, Luckenwalde und Ludwigfelde unterstützen soll, das Projekt eines Multi-Energie-Kraftwerks Sperenberg (MEKS) auf dem Gelände der einstigen militärischen Versuchsanstalt voranzubringen. Hier soll nach den Vorstellungen der Kommunen und eines Industrie und Forschungskonsortiums der aus Windkraft und Photovoltaik gewonnene Strom zu Wasserstoff verarbeitet und gespeichert oder ins Gasnetz eingespeist werden. Dies sei keine Alibi-Maßnahme, um im Regionalplan nicht vorgesehene Windräder zu installieren, betonte Peter Mann.

Der Leiter des Luckenwalder Stadtplanungsamts ist von den Bürgermeistern der genannten Kommunen mit der Koordinierung des Projekts beauftragt worden. Es gehe zunächst auch gar nicht darum, hier einen Windpark zu errichten, so Mann, sondern zunächst einmal die AG zu gründen. Die Gemeindevertreter von Nuthe-Urstromtal und Am Mellensee sowie die Stadtverordneten von Trebbin haben dem bereits zugestimmt. Luckenwalde und Ludwigfelde werden demnächst folgen. Kritische Nachfragen gab es von den Vertretern der Bauaufsicht, des Denkmalschutzes und des Umweltamtes der Kreisverwaltung, die durch das Projekt ihre Belange gefährdet sehen. Das führte aber zur ebenso kritischen Nachfrage des Ausschussvorsitzenden Danny Eichelbaum (CDU), ob die Position der Verwaltung nicht abgestimmt sei. Immerhin liege eine schriftliche Stellungnahme von Landrätin Kornelia Wehlhan (Linke) vor, die das Projekt grundsätzlich befürworte. Der Beigeordnete Holger Lademann (FDP) beeilte sich zu betonen, dass es sich um eine abgestimmte Stellungnahme der Verwaltungsleitung handle. Der Antrag wurde bei einer Gegenstimme (Plan B) mehrheitlich beschlossen.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 25.08.2015

Sechs Stolpersteine geplant - Initiativgruppe hat Ablaufplan für die Ehrung am 12. November festgelegt und Aufgaben verteilt

Mit einer Gedenkstunde soll es losgehen. Darauf einigte sich die Initiativgruppe Stolpersteine am Montag. Diese kümmert sich um die möglichen Orte für eine Verlegung jener Steine auf den Straßen, die an das Schicksal der jüdischen Mitbürger während der NS-Zeit erinnern. Zunächst ist die Verlegung von vier Steinen für die Familie des Schuhhändlers Joel in der Mönchenstraße vorgesehen. Der Gedenkort steht noch nicht abschließend fest. Gerne will die Initiative das Gedenken im Kulturquartier Mönchenkloster abhalten.

Der Kölner Bildhauer und Initiator der Stolpersteine Gunter Demnig hat Jüterbog eingetaktet. Die Steine verlegt Demnig vor ihrem letzten freigestellten Wohnsitz auf dem Bürgersteig. Da der öffentlich ist, bedarf es der Zustimmung der Behörde. In Jüterbog war das kein Problem - die Steine können verlegt werden. Für den fünften Stein wird der Schauplatz gewechselt. Er soll gegen 17 Uhr vor der Wohnung der Lehrerin Irma Korn, Weinberge 14, verlegt werden. Darüber waren sich am Montag alle einig. Gestern gab es eine neue Entwicklung. Bei der Absprache mit der Mitarbeiterin von Gunter Demnig, Karin Richert, über die Inschrift des Steins für Irma Korn, wurde kurz der Vater erwähnt. Es wurde bedauert, dass über den promovierten Juristen Alfred Korn so wenig bekannt ist.

Der Vater starb 76-jährig in Jüterbog am 5. März 1937 in seiner Wohnung, Weinberge 14. Korn war am 28. Januar 1861 in Rosenberg in Westpreußen geboren worden. Er heiratete am 12. Juni 1894 in Berlin Julie Meckiewicz. Viel mehr ist nicht bekannt. Dennoch setzte sich Karin Richert sofort dafür ein, auch für ihn einen Stein zu verlegen. Darüber soll heute abschließend entschieden werden. An der Verteilung der Aufgaben ändert dies nichts. Pfarrerin Mechthild Falk hatte den SPD-Landtagsabgeordneten Erik Stohn um Hilfe gebeten, der am Montag aber verhindert war. Sein CDU-Kollege Danny Eichelbaum hat aber sofort Unterstützung zugesagt und sogleich Vorschläge unterbreitet. Die Teilnahme von Ex-Ministerpräsident Manfred Stolpe steht ebenfalls im Raum. Sicher ist die Hilfe von Rosemarie Schandert, die von Anfang an zur Initiativgruppe gehört. Sie sagte spontan zu, sich um die Stolpersteine in der Mönchenstraße zu kümmern: "Ich wohne ja gleich gegenüber."

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 19.08.2015

20.08.2015 Besuch der Hermetia GmbH in
Baruth/Mark



JU und CDU Großbeeren schauen Danny Eichelbaum MdL über die Schulter

So nah kommt man nicht alle Tage an den Brandenburger Landtag ran. Am 10. Juli hatten Mitglieder der CDU und der JU Großbeeren am Rande des Parlamentsbetriebs die Möglichkeit, ihren Landtagsabgeordneten Danny Eichelbaum im Landtag zu besuchen. Dieser hatte die beiden Verbände auf Initiative der Jungen Union Großbeeren eingeladen.

Der Jüterboger Abgeordnete gab den Besuchern zunächst einen Überblick über seine politische Arbeit. Von der Bildungspolitik bis zum Personalmangel im Öffentlichen Dienst bewegen Eichelbaum im Rahmen seines Mandats viele Themen. "Besonders schön ist es aber, dass man jeden Tag viele Menschen kennenlernt und ihnen oft sogar ganz konkret helfen kann", so Eichelbaum. Natürlich war auch Zeit für



Fragen. Ganz besonders interessierten die Gäste sich für die Pläne der Regierung zur Gesamtschule. Danny Eichelbaum warnte ganz klar: "Es gab in der Vergangenheit schon viel zu viele Experimente in der Bildungspolitik Brandenburgs." Aber auch die Kreisgebietsreform bereitet den Besuchern aus Großbeeren Kopfschmerzen. "Keinem hier ist gedient, wenn unser Landkreis noch größer wird und damit am Ende alles anonym und komplizierter wird", stellt der Großbeereener CDU-Vorsitzende Dirk Steinhausen fest, der auch an dem Termin teilnahm. Insgesamt kritisierte Eichelbaum den fehlenden Gestaltungswillen der rot-roten Regierung: "Der jetzigen Regierung fehlt eine Vision, wie Brandenburg in 20 Jahren aussehen soll. Das ist das große Problem."

Am Rande des Besuchs, der auch eine Führung durch den noch neuen Landtagsbau beinhaltete, ergab sich auch ein kurzes Treffen mit dem Parlamentarischen Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Dr. Jan Redmann MdL, der früher selbst in der JU aktiv war. "Es ist schon toll, wie transparent hier gearbeitet wird. Keine Spur von verschlossenen Türen. Wir haben heute tolle Einblicke bekommen und durften einem aktiven Abgeordneten über die Schultern blicken", freut sich der JU-Vorsitzende Mike Schuster. Ein großes Kompliment gab es zum Schluss für die Großbeereener Junge Union von ihrem Abgeordneten. Dieser zeigte sich erfreut über das starke Engagement der Nachwuchspolitiker und gab Ihnen mit spürbarem Rückenwind auf den Weg: "Ihr seid die Zukunft!"

Quelle: Pressemitteilung JU-Großbeeren am 10.07.2015

Eine ostdeutsche Erfolgsstory - Brandenburgs Ringerverbandspräsident Danny Eichelbaum im MAZ-Interview über die Geschichte und Perspektiven der Ringer des 1. Luckenwalder SC

Luckenwalde. Die Geschichte des 1. Luckenwalder Sportclubs (1.LSC) ist eine ostdeutsche Erfolgsstory im wiedervereinigten Deutschland meint RVB-Verbandspräsident Danny Eichelbaum

MAZ: Neben Frankfurt/Oder ist in Luckenwalde aus einer DDR-Ringerkaderschmiede ein Club entstanden, der in den zurückliegenden 25 Jahren auch im vereinten Deutschland Akzente gesetzt hat. Worin besteht aus Ihrer Sicht als Verbandspräsident das Erfolgsgeheimnis des 1. LSC?

Eichelbaum: Das Ringen in Luckenwalde hat eine sehr lange Tradition, die schon vor der Gründung der DDR begründet wurde. Bereits 1897 gab es einen Ringerverein in Luckenwalde. Für viele junge Sportler sind die Welt- und Europameister, sowie die Medaillengewinner bei den Olympischen Spielen aus der Ringerhochburg Luckenwalde, wie z.B. Klaus Pohl, Roland Gehrke, Harald Büttner, Dieter Brüchert und Heiko Balz große Vorbilder, denen sie nacheifern. Diese Tradition des Ringens spürt und lebt man auch heute in Luckenwalde. Es gibt hier kaum eine Familie, die nicht mit dem Ringen verbunden ist. Luckenwalde ist ohne den Ringkampfsport undenkbar. Die Luckenwalder Ringer sind national und international eine Aushängeschild und Werbeträger für unsere Region. Die Sportler sind stolz in und für Luckenwalde ringen zu können. Als einziger Verein hat es der 1. Luckenwalder SC geschafft, ununterbrochen seit 1990 im deutschen Oberhaus des Ringens, in der 1. Bundesliga, mit zu ringen. Höhepunkt war hierbei im Jahr 2006 der Gewinn der deutschen Mannschaftsmeisterschaft. Das Engagement von Luckenwalder Firmen, Sponsoren aus der Region Teltow-Fläming, der Stadt Luckenwalde, dem Landkreis, dem Deutschen und dem Brandenburger Ringerverband und von vielen ehrenamtlichen Mitstreitern ist einzigartig und hat zum Erfolg beigetragen. Die Geschichte des 1. Luckenwalder SC ist eine ostdeutsche Erfolgsstory im wiedervereinigten Deutschland. Ich freue mich deshalb auf die Jubiläumsfeier am 12. Juli 2015 in Luckenwalde.

MAZ: Welche Perspektiven haben das Ringen in Brandenburg und der 1. LSC für die nächsten 25 Jahren?

Eichelbaum: Der Ringkampfsport in Brandenburg und in Luckenwalde haben eine gute Perspektive, wenn es uns auch in den nächsten Jahren gelingt, junge Menschen für unsere Sportart zu gewinnen und die Bundesleistungsstützpunkte in Luckenwalde und Frankfurt/Oder zu erhalten. Voraussetzung hierfür ist, dass unsere Ringer nationale und internationale Erfolge erzielen. Unser Ziel ist es, dass 1-2 Ringer aus Brandenburg an den Olympischen Spielen nächstes Jahr in Brasilien teilnehmen. Ein Hoffnungsträger ist hierbei Nick Matuhin, der bereits Anfang des Jahres in das Brandenburger Rio Team aufgenommen wurde. Bis zum Ende des Jahres sollen die Bundesstützpunkte für den kommenden Olympiazzyklus bestätigt werden. Die Ergebnisse unserer Sportler bei den Deutschen Meisterschaften 2015 haben uns hier ein großes Stück vorangebracht. Die Ringer aus unseren Stützpunkten in Frankfurt/Oder und Luckenwalde gewannen bei den nationalen Titelkämpfen 2015 in allen Altersgruppen insgesamt 57 Medaillen und 18 Titel, so viel, wie lange nicht mehr. Das ist auch das Ergebnis der guten Arbeit unserer Trainer in Luckenwalde und in Frankfurt. Besonders erfreulich waren die Ergebnisse bei den Deutschen Meisterschaften der Männer, der 1.LSC und der RSV Hansa 90 Frankfurt gewannen

jeweils im Freistilringen und im griechisch römischen Ringen die Vereinswertung. Damian Hartmann und Martin Obst, die beide in der Luckenwalder Bundesligamannschaft ringen, gewannen den Meistertitel. Das macht uns stolz und optimistisch.

MAZ: Wo liegen Reserven?

Eichelbaum: Wir dürfen uns jetzt nicht auf den Erfolgen ausruhen. Wir müssen unsere Hausaufgaben machen. Viele Titel und Medaillen werden auf nationaler Ebene von Ringern erkämpft, die von uns in beiden Bundesstützpunkten betreut und ausgebildet werden, die aber anderen Landesverbänden angehören. Das heißt, wir müssen uns in Zukunft noch stärker auf unsere eigenen Talente besinnen, Nachwuchs- und Sichtungsprojekte anschieben und auch unsere kleineren Vereine im Land befähigen, die besten Brandenburgischen Ringer an die Leistungszentren zu delegieren. Unser Ziel ist es, eine große Anzahl von Bundeskadern sowie eine stabile Kaderpyramide im Nachwuchs zu entwickeln. Langfristig könnte hierzu auch die Bildung eines Teams Brandenburg mit jeweils einer Mannschaft in der 1. Bundesliga, der 2. Bundesliga und der Regionalliga hilfreich sein.

MAZ: In Brandenburg und in Teltow-Fläming steigt die Anzahl der Flüchtlinge. Welchen Beitrag zur Integration kann das Ringen leisten?

Eichelbaum: Kampfsportarten sind in vielen Ländern sehr beliebt. Das gemeinsame Interesse am Sport fordert das Gefühl der Gemeinsamkeit und das Verstehen untereinander. Bereits seit Jahren stellen wir mit unseren Integrationsprojekten, Fairringen in Potsdam und Luckis Muckis in Luckenwalde, in denen ausländische und einheimische Kinder gemeinsam trainieren und Freizeitaktivitäten nachgehen, die große Integrationskraft des Sports unter Beweis. Sport kennt keine Hautfarbe, kein Alter und keinen Aufenthaltsstatus-Sport verbindet! Ringen ist eine Brücke zur Integration.

Interview: Frank Neßler

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 06.07.2015



24.08.2015 Eröffnung des Integrationsprojektes Luckis Muckis in Luckenwalde

12.07.2015 Jubiläumsveranstaltung 25 Jahre 1.Luckenwalder SC



Planungen für L 40 Ausbau ab 2017

Die Landesstraße L40 durch Dahlewitz soll ausgebaut werden - allerdings erst in einigen Jahren. Das geht aus der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der CDU-Abgeordneten Danny Eichelbaum und Rainer Genilke im Landtag hervor. Vorgesehen sei, 2017 mit der konkreten Planung für den Ausbau zu beginnen. Der eigentliche Baubeginn hängt neben dem Zeitpunkt der Genehmigung dann noch von den weiteren Projekten in der Umgebung ab.

So ist die L40 als Umleitung vorgesehen, wenn in in Blankenfelde der Bahnübergang an der Karl-Marx-Straße beseitigt wird. Die Kosten für den Ausbau der L40 veranschlagt die Landesregierung mit etwa 2,5 Millionen Euro.

Viele Bürger hatten sich beschwert, dass die L40 nicht parallel zum Bau des Tunnels unter der Bahnlinie ausgebaut wird. Außerdem seien im Ort die Lärmgrenzwerte immer wieder überschritten worden. Dieses Problem ist der Landesregierung bekannt, heißt es in ihrer Antwort auf die Anfrage. Für eine kurzfristige Lösung verweist sie auf den Lärmaktionsplan der Gemeinde, der nachts Tempo 30 für Lastwagen in Dahlewitz vorsieht. Diese Geschwindigkeitsbegrenzung gebe es auch schon. cas

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 30.06.2015

CDU Kreisverband Teltow-Fläming lehnt Fusion mit anderen Landkreisen und Großgemeinden ab - CDU richtet Dialogplattform: www.wir-sind-Teltow-Flaeming.de ein

Hierzu erklärt der Vorsitzende des CDU-Kreisverbandes Teltow-Fläming, Danny Eichelbaum:

Nachdem sich die CDU Teltow-Fläming bereits auf dem Kreisparteitag am 19. Juni 2015 für die Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming und seiner Gemeinden ausgesprochen hat, diskutierten CDU-Kreistagsabgeordnete, Stadtverordnete und Gemeindevertreter aus dem Landkreis Teltow-Fläming am Donnerstag in Jüterbog mit der kommunalpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Richstein MdL, die Folgen der von der rot-roten Landesregierung geplanten Kommunalstrukturreform. Einig war man sich darin, dass man sowohl die Fusion von Teltow-Fläming mit anderen Landkreisen als auch Großgemeinden mit mindestens 10.000 Einwohnern ablehnt.

„Allein die Mindestgröße von 10.000 Einwohnern pro Gemeinde würde das Aus für Großbeeren, Baruth, Nuthe-Urstromthal, Trebbin, Niedergörsdorf, Niederer Fläming, Ihlow, Dahmethyl und Dahme bedeuten.

Das werden wir nicht zu lassen. Die Landesregierung zerstört damit gewachsene Strukturen, die viele Bereiche des öffentlichen Lebens von der Feuerwehr bis zu den Schulen und Kindertageseinrichtungen berührt.“, so Danny Eichelbaum.

In diesem Zusammenhang hat die CDU Teltow-Fläming unter www.wir-sind-Teltow-Flaeming.de eine Homepage gestartet, auf der sich die Bürger für die Eigenständigkeit des Landkreises Teltow-Fläming aussprechen können.

„Brandenburg ist ländlich strukturiert und garantiert die kommunale Selbstverwaltung in der Landesverfassung! Teltow-Fläming ist für unsere Bürger mehr als nur eine Verwaltungseinheit! Teltow-Fläming ist für uns Heimat und Identität!

Teltow-Fläming ist ein wirtschafts- und einwohnerstarker Landkreis, eine Fusion mit anderen Landkreisen ist weder notwendig, noch sinnvoll. Weite Entfernungen bis zur Kreisverwaltung und weniger Bürgernähe lehnen wir ab. Der Landkreis Teltow-Fläming sind wir alle, von Dahme/Mark bis Blankenfelde-Mahlow. Teltow-Fläming ist unsere Heimat, so Danny Eichelbaum weiter.

Barbara Richstein ergänzte: " Die rot-rote Landesregierung hat ein Leitbild vorgelegt, was substanzlos ist. Die Vorschläge sind heiße Luft und gefährden den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Bei der Funktionalreform verwendete der Innenminister die Nagelschere und bei der Strukturreform die Machete."

Quelle: Pressemitteilung 26.06.2015

CDU-Parteitag Teltow-Fläming - Danny Eichelbaum bleibt Kreisparteichef

Die Mitglieder des CDU-Kreistages Teltow-Fläming setzen auch zukünftig auf ihren Vorstandsvorsitzenden Danny Eichelbaum. Mit knapp 94 Prozent gewann er die Wahl am Freitag, bei der auch zwei andere Themen vorherrschend waren. Die CDU sprach sich gegen die geplante Kreisgebietsreform und für eine würdige Unterbringung von Flüchtlingen aus.

Rangsdorf. Danny Eichelbaum bleibt Kreisparteichef der CDU Teltow-Fläming. Bei der Gesamtmitgliederversammlung am vergangenen Freitag im Rangsdorfer Rathaus wurde er mit 93,7 Prozent der Stimmen im Amt bestätigt. Von 302 CDU-Mitgliedern, die der Kreisverband Teltow-Fläming zählt, sind 67 erschienen, um ihre Stimme abzugeben.

Zu Stellvertretern im Vorstand wurden Gertrud Klatt, Stadtverordnete von Trebbin und Thomas Berger, Bürgermeister von Trebbin sowie der Großbeerener Gemeindevertreter Dirk Steinhausen gewählt. Danny Eichelbaum freut sich über das überwältigende Vertrauen, das ihm die Mitglieder entgegenbringen. Seit zehn Jahren ist der Volljurist Vorstandsvorsitzender der CDU Teltow-Fläming. „Es ist mir eine Freude, mich auch in den kommenden zwei Jahren wieder für unseren Landkreis einzusetzen“, sagt er.



Über die Wahlen hinaus bestimmten zwei weitere Themen den Abend. So haben die Mitglieder an diesem Abend die Rangsdorfer Erklärung verabschiedet, in der sie der Kreisgebietsreform eine Absage erteilen und sich gegen die geplante Vergrößerung der Brandenburger Landkreise aussprechen. „Der Landkreis Teltow-Fläming ist in 22 Jahren zu dem gewachsen, was wir unsere Heimat nennen“, so die Kernaussage. „Wir setzen uns klar für seinen Erhalt ein und bekennen uns zu seiner Eigenständigkeit.“

Auch Jana Schimke, ein prominenter Gast aus dem Bundestag, sprach sich gegen die Kreisgebietsreform aus. Sie hat für die CDU in Teltow-Fläming und Dahme-Spreewald das Direktmandat gewonnen. „Die Regionen werden jetzt schon ungleich behandelt“, sagt sie. „Im Speckgürtel herrscht Wohlstand, in den ländlichen Regionen fühlen sich die Menschen abgehängt.“

Das andere Thema des Abends war die aktuelle Flüchtlingssituation. Danny Eichelbaum stellte fest, dass man den Anstieg der Asylbewerber hautnah miterlebe. Hilfe sei eine Herzensangelegenheit, traumatisierte Flüchtlinge dürfe man nicht in Turnhallen, Zelten oder Containerdörfern unterbringen. Von Dietrich von Schell



Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.06.2015

Aktuelle Themen aus dem Landtag

CDU: Opferrente auch für Sportler und Zwangsarbeiter

In Brandenburg haben bislang 8513 ehemalige DDR-Häftlinge einen Antrag auf eine Opferrente gestellt. In 7152 Fällen wurde nach einer Prüfung die Entschädigungszahlung für erlittenes SED Unrecht gezahlt. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage der CDU-Fraktion hervor.

CDU-Rechtsexperte Danny Eichelbaum lobte in diesem Zusammenhang das Engagement der Diktaturbeauftragten Ulrike Poppe. "Sie setzt Akzente und ist bemüht, Erleichterungen für die Opfer des SED-Unrechtsregimes in Brandenburg durchzusetzen", sagte Eichelbaum.

Die rot-rote Landesregierung lasse ein solches Engagement dagegen vermissen, sagte er. Rot-Rot müsse sich etwa dafür einsetzen, dass der Kreis anspruchsberechtigter SED-Opfer größer wird: So müssten auch DDR-Dopingopfer oder ehemalige Zwangsarbeiter eine Chance auf Entschädigung bekommen. Die Opferrente steht Menschen zu, die in der DDR mindestens 180 Tage aus politischen Gründen inhaftiert waren. Sie war zum 1. Januar von 250 auf 300 Euro im Monat erhöht worden.

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 22.08.2015

Justiz-Verwaltungsgerichte bearbeiten immer mehr Asylverfahren

Immer mehr Flüchtlinge kommen nach Brandenburg. Damit steigt auch die Zahl der Asylverfahren. Für die Gerichte ist das eine Herausforderung. Die Opposition sieht die Regierung in der Pflicht für eine bessere Ausstattung der Justiz zu sorgen.

Die Zahl der Asylverfahren an den Brandenburger Verwaltungsgerichten ist erheblich angestiegen. In Potsdam gingen im vergangenen Jahr 1310 solcher Fälle ein - nach 399 im Jahr 2013, wie das dortige Gericht mitteilte. Der Trend setzt sich im laufenden Jahr verstärkt fort: Im ersten Halbjahr 2015 waren es mit 1218 schon fast so viele Asylverfahren wie im gesamten Vorjahr. Eine ähnliche Entwicklung verzeichnen die Verwaltungsgerichte in Cottbus und Frankfurt (Oder).

Ein Sprecher des Potsdamer Verwaltungsgerichtes betonte: „Da die Eingänge in den übrigen Bereichen nur leicht zurückgegangen sind und auch der richterliche Personalbestand gleichgeblieben ist, belastet der Bereich der Asylverfahren das Gericht erheblich.“ Durch Umverteilung der Verfahren auf immer mehr Kammern versuche das Gericht die zusätzliche Belastung durch die Asylverfahren aufzufangen. „Es ist jedoch davon auszugehen, dass durch die steigenden Eingänge im Asylbereich Entscheidungen in anderen Sachgebieten später erfolgen als ursprünglich beabsichtigt.“

Am Verwaltungsgericht Cottbus waren im ersten Halbjahr 2015 fast die Hälfte der neuen Eingänge Verfahren aus dem Asylbereich. Insgesamt kamen 1273 Fälle hinzu. Davon waren 570 neue Asylverfahren (Eilverfahren und Klagen). Im Juli waren es alleine schon 205.

Das ist eine große Steigerung zu den Vorjahren: Für das erste Halbjahr 2014 listet das Gericht 194 neue Asylverfahren auf und im selben Zeitraum 2013 lediglich 73.

In Frankfurt (Oder) kamen in diesem Jahr schon fast genauso viele Asylverfahren hinzu wie im gesamten Vorjahr. Ihre Menge stieg von Januar bis inklusive Juli um 21 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, wie das Gericht mitteilte. Im ersten Halbjahr 2015 waren es 727 neue Asylverfahren und im Juli 258. Im vergangenen Jahr lag die Zahl insgesamt bei 1064.

Die Verfahrensdauer der asylrechtlichen Gerichtsverfahren in Brandenburg müsse dringend verkürzt werden, sagte der rechtspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Danny Eichelbaum am Samstag. Jedoch sollte die Landesregierung ihrer Verantwortung nachkommen und mehr Stellen für Verwaltungsrichter schaffen. Justizminister Helmut Markov müsse auf die steigenden Verfahrenszahlen reagieren.

Asylbewerber wenden sich an die Gerichte, wenn sie mit Entscheidungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) nicht einverstanden sind. Gegen vier von zehn Entscheidungen des Bundesamts wurde nach dessen Angaben im Jahr 2014 geklagt.

In Brandenburg werden dieses Jahr mindestens 14 000 Flüchtlinge erwartet, mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr.

Quelle: Focus Online, 15.08.2015

Ab Montag wieder Jugendarrest - Jugendliche Straftäter bisher auf freiem Fuß / CDU will Vorgehen weiter thematisieren

Die Zeit in Freiheit hat für manchen Brandenburger Jugendlichen bald ein Ende. Schon am Montag werden Brandenburger Jugendliche ihren Arrest in der Berliner Jugendarrestanstalt in Berlin-Lichtenrade absitzen können. Das bestätigte der stellvertretende Sprecher im Potsdamer Justizministerium, Alexander Julian Kitterer, auf Nachfrage des "Prignitzers". Eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zwischen den beiden Ländern sei mittlerweile ausgehandelt. Das Land Brandenburg habe fünf Mitarbeiter nach Berlin abgestellt, so dass sichergestellt werden könne, dass die Jugendlichen entsprechend des Brandenburger Jugendarrestvollzugsgesetzes betreut werden könnten.

Die eigene Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen hatte das Land Anfang Juli wegen eines hohen Krankenstands geschlossen. Die zu diesem Zeitpunkt im Arrest befindlichen Jugendlichen wurden nach Hause geschickt, in 109 Fällen wurde die Ladung zum Arrest verschoben.

Bereits seit längerem hatte das Land Brandenburg über einen Staatsvertrag mit Berlin verhandelt. Die dortige Jugendarrestanstalt im Stadtteil Lichtenrade ist mit 60 Plätzen bei weitem nicht hinreichend ausgelastet. Der Staatsvertrag wird voraussichtlich Anfang kommenden Jahres in Kraft treten, nachdem er von den Parlamenten der beiden Bundesländer ratifiziert wurde. Bis dahin ersetzt ihn die Verwaltungsvereinbarung. Brandenburgs CDU will das Thema Jugendarrest damit allerdings nicht auf sich beruhen lassen. Der rechtspolitische Sprecher Danny Eichelbaum kündigte gegenüber dieser Zeitung an, Minister Helmuth Markov im September zu diesem Thema im Rechtsausschuss befragen zu wollen. "Sinn und Zweck des Erziehungscharakters des Jugendarrests ist, dass die Strafe der Tat auf dem Fuß folgt", sagte Eichelbaum. Es sei ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik, dass jugendliche Straftäter wegen der Schließung der Arrestanstalt nicht rechtzeitig den Arrest antreten konnten.

"Das Ministerium war seit dem Frühjahr über fehlende Personalkapazitäten informiert, hat jedoch keine spürbaren personellen Maßnahmen ergriffen, um den Betrieb der Anstalt aufrechtzuerhalten oder die Vereinbarung mit Berlin rechtzeitig abzuschließen." Benjamin Lassiwe

Quelle: Der Prignitzer, 12.08.2015

01.09.2015 Anhörung der Volksinitiative für größere Mindestabstände von Windrädern sowie keine Windräder im Wald im Ausschuss für Infrastruktur und Landesplanung



Der überforderte Strafvollzug - Brandenburgs Jugendarrest musste geschlossen werden. In Justizvollzugsanstalten fehlt Personal

Als die Linke 2009 in der rot-roten Regierung das Justizministerium übernahmen, wollten sie es besser machen als die Vorgänger. Justizminister Volkmar Schöneburg setzte, wie nun auch sein Nachfolger Helmuth Markov, auf einen Strafvollzug, dessen Ziel die Resozialisierung ist. Schöneburg ließ dafür sogar das Gesetz novellieren. Die großen Pläne scheinen aber an der Realität zu scheitern. Denn für einen modernen, auf Wiedereingliederung ausgerichteten Vollzug fehlt das Personal. Es reicht nicht einmal mehr, um die Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen zu erhalten.

Wegen Personalmangels wurde die Einrichtung zum 1. Juli geschlossen. Die jungen Straftäter sollen nun - wie berichtet - am 17. August ihren Arrest in Berlin antreten. Dort sind die Plätze aber begrenzt. Brandenburg kann künftig für 350.000 Euro pro Jahr bis zu zehn Jugendliche in die gemeinsame Anstalt nach Lichtenrade schicken. Dass bei 54 Jugendlichen die Ladungen zum Arrest deshalb wieder rückgängig gemacht wurden, erzürnt den Justizexperten der Brandenburger CDU, Danny Eichelbaum. Es werde zu einer Verzögerung des Arrests von voraussichtlich zwei bis drei Monaten kommen, so ein Sprecher des Ministeriums. Für Eichelbaum ist dies "ein haltloser Zustand." Das von Rot-Rot hochgelobte Jugendarrestgesetz sei, wie das gesamte Strafvollzugskonzept, zu einer "hohlen Nuss" geworden.

"Brandenburg ist jetzt in Deutschland das einzige Bundesland ohne Jugendarrestanstalt", kritisiert CDU-Politiker Eichelbaum. Auf Anfrage der Berliner Morgenpost erklärte eine Sprecherin des Ministeriums, der Krankenstand unter den 1006 Bediensteten im Justizvollzug "bewegte sich im 1. Halbjahr 2015 zwischen 20,26 Prozent im Februar und 14,79 Prozent im Juni" Richter sind entsetzt Der Deutsche Richterbund erklärte, man teile "das Entsetzen vieler Jugendrichter und Jugendstaatsanwälte über diese Maßnahme der Ministerialverwaltung". Die Vizelandeschefin Alexandra Kosyra konstatiert: "Diese erschreckende Entwicklung zeigt, wohin eine verfehlte Sparpolitik in der Justiz führt." Der Minister hält den Justizbereich hingegen für "auskömmlich finanziert". Das Ministerium verweist darauf, dass die Eingangszahlen zurück gingen und ein moderater Stellenabbau vertretbar sei. In problematischen Bereichen, wie der Sozial- und Verwaltungsgerichtsbarkeit wurden neue Stellen veranschlagt oder es wurden weniger Stellen abgebaut.

"Mit dem neuen Doppelhaushalt konnten positive Signale an die Justiz gesendet werden", so das Ministerium. Positive Signale wünscht man sich in der JVA Neuruppin-Wulkow. Den Petitionsausschuss des Landtages erreichen von dort massive Beschwerden. Häftlinge schildern die Situation als unzumutbar. Die Bediensteten zeigten sich überfordert, das Personal sei häufig krank. Das Ministerium hat bereits Schwierigkeiten in Wulkow eingeräumt. Das größte Problem scheint die vakante feste Leitung. Denn die bisherige Chefin Petra Wellnitz ist nach Brandenburg an der Havel abgeordnet. Sie ersetzt den dortigen JVA-Direktor Hermann Wachter. Er war nicht lange nach der Affäre um den früheren Justizministers Schöneburg ausgetauscht worden. Schöneburg musste Ende 2013 nach dem Vorwurf zurücktreten, zwei frühere Mandanten in der JVA bevorzugt zu haben.

Wachter wurde hinter den Kulissen vorgeworfen, in eine Intrige gegen den Minister verwickelt gewesen zu sein, was er stets abstritt. Die endgültige Neubesetzung der Stelle ist noch in Arbeit", teilte eine Ministeriumssprecherin mit. Sie räumte ein, dass die Ausschreibung noch gar nicht

erfolgt sei. Denn offiziell sitzt der ebenfalls zunächst nur abgeordnete Wachter immer noch auf der Personalstelle. Nach Informationen der Berliner Morgenpost kann es somit noch mehr als ein halbes Jahr dauern, bis die JVA Neuruppin- Wulkow angemessen geführt wird. Danny Eichelbaum, Justizexperte der Brandenburger CDU "Brandenburg ist jetzt in Deutschland das einzige Bundesland ohne Jugendarrestanstalt".

Quelle: Berliner Morgenpost, 11.08.2015



13.07.2015 Besuch der JVA
Neuruppin Wulkow

Martin Obst löst WM-Fahrkarte - Luckenwalder Freistilringer nimmt zusammen mit seinem Vereinskameraden Nick Matuhin an den Titelkämpfen teil

Luckenwalde – Seit Dienstagnachmittag ist es amtlich: LSC-Ringer Martin Obst (74 kg/Freistil) ist für die Weltmeisterschaft in Las Vegas (USA) im September nominiert. Entsprechend groß war der Jubel. „Ich habe mich sehr über die Nominierung gefreut“, sagte der 28- Jährige. Obst, der amtierender Deutscher Meister seiner Gewichtsklasse ist, hat sich für das Ticket in den zurückliegenden Wochen ins Zeug gelegt. Mit ansprechenden Leistungen bei internationalen Turnieren in Bukarest (Rumänien) und Warschau (Polen) überzeugte der Freistil-Bundestrainer Sven Thiele.

In den wenigen Wochen bis zum Beginn der Titelkämpfe in der größten Stadt des US-Bundesstaates Nevada heißt es für Obst, seinen bereits seit längerem gesetzten Luckenwalder Vereinskameraden Nick Matuhin (125 kg) sowie für die weiteren deutschen WM-Fahrer trainieren. In der nächsten Woche steht für die Ringer ein Vorbereitungslehrgang in Schifferstadt auf dem Programm und anschließend geht es für zehn Tage nach Bulgarien. Dort holen sich die deutschen Ringer-Asse den Feinschliff für die WM. „Ich werde in Las Vegas kämpfen bis zum Umfallen“, sagt Obst. Er hofft dort mit etwas Glück auf eine gute Platzierung. Dass er in der europäischen Spitze mitringen kann, hat Obst zuletzt mit Siegen über Sportler aus der Türkei, aus Polen und aus Russland bewiesen. Freude über seinen Erfolg herrscht auch beim

LSC. „Zwei WM-Teilnehmer aus Luckenwalde, das ist ordentlich für unseren kleinen Stützpunkt“, sagt Trainer Heiko Röhl.

Danny Eichelbaum in seiner Funktion als Präsident des Ringerverbandes Brandenburgs (RVB) erklärt: „Der Ringerverband Brandenburg freut sich, dass Nick Matuhin und Martin Obst bei den Freistilern für die WM nominiert wurden und Emanuel Krause Ersatzmann in der Klasse bis 57 kg ist. Alle drei haben in diesem Jahr national und international großartige sportliche Leistungen gezeigt, das gilt insbesondere für Martin Obst. Sie haben sich die WM-Tickets nach Las Vegas verdient. Glückwunsch auch an Francy Rädelt vom RV Hansa Frankfurt zur WM-Nominierung. Wir drücken jetzt die Daumen für eine gute Platzierung in Las Vegas, die über die Qualifizierung für die Olympischen Spiele im nächsten Jahr in Brasilien mitentscheidend ist.“ Nicht ganz so gut wie bei den Freistilern ist die Bilanz der Klassiker. „Ich hätte mir auch gewünscht, dass Damian Hartmann, Erik Weiß oder Christian John vom Bundesleistungstützpunkt Frankfurt/Oder für die Titelkämpfe nominiert worden wären, leider sind sie in Las Vegas aber nicht mit dabei“, sagt Eichelbaum.

WM der Ringer 2015 in Las Vegas (USA)

Die Ringer-Weltmeisterschaften 2015 finden vom 7. bis zum 12. September in Las Vegas (USA) statt. Der Deutsche Ringer-Bund (DRB) hat folgende Sportler für die WM in Las Vegas nominiert: Greco: Deniz Menekse (59 kg), Frank Stäbler (66), Matthias Maasch (71), Pascal Eisele (75), Florian Neumaier (80), Ramsin Azizsir oder Denis Kudla (85, Entscheidung Lehrgang Hennef), Peter Öhler (98) und Eduard Popp (130); Frauen: Jaqueline Schellin (48), Nina Hemmer (53), Luisa Niemesch (58), Nadine Weinauge (63), Aline Focken (69) und Francy Rädelt (75); Freistil: Marcel Ewald (57), Samet Dülger (65), Martin Obst (74), William Harth (86), Stefan Kehrer oder Erik Thiele (95, Entscheidung nach der Junioren-WM) und Nick Matuhin (125).

Quelle: Märkische Allgemeine Zeitung, 07.08.2015

Danny Eichelbaum als Landesvorsitzender des Arbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen Brandenburgs wiedergewählt - Kritik an Landesregierung: Interessen der Justiz werden vom Justizminister nicht mehr wirkungsvoll vertreten

Auf der Mitgliederversammlung des Arbeitskreises Christlich Demokratischer Juristen wurde der Landtagsabgeordnete Danny Eichelbaum als Landesvorsitzender wiedergewählt. Er übt das Amt seit 2011 aus.

Stellvertretende Vorsitzende wurde erneut die ehemalige Brandenburger Justizministerin, Barbara Richstein MdL.

Der LACDJ ist ein Zusammenschluss von unabhängigen Juristinnen und Juristen in Brandenburg, die es sich zum Ziel gesetzt haben, Landesgesetzentwürfen konstruktiv mit der gebotenen fachlichen Kritik zu begleiten; aktuelle Rechtsprobleme zu diskutieren und für die Allgemeinheit verständlich zu machen.

Scharfe Kritik übten die Juristen an der Rechtspolitik der rot-roten Landesregierung. Es fehlt an Weitsicht und Visionen. Die Justiz im Land wird nur noch verwaltet und nicht mehr gestaltet. Die

Interessen der Justiz werden vom zuständigen Justizminister Dr. Helmut Markov (Linke) nicht mehr wirkungsvoll vertreten. Seit dem Neuzuschnitt des Ministeriums kümmert sich der Minister nur noch um die Europapolitik, die Justiz bleibt dabei auf der Strecke. Dabei gibt es genügend Baustellen im Land. Die Jugendarrestanstalt in Königs Wusterhausen musste wegen Personalmangels im Juli geschlossen werden, beim Petitionsausschuss des Landtages stapeln sich die Beschwerden wegen unzumutbarer Bedingungen im Strafvollzug sowie fehlenden Resozialisierungs- und Behandlungsmaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten und erstmals demonstrierten Richter und Staatsanwälte gegen die Personaleinsparungen im Land.

Quelle: Pressemitteilung 28.07.2015

Überfordertes Personal, kein Leiter - Ministerium räumt Probleme in der Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow ein. Gefangene schreiben an Petitionsausschuss

Beim Petitionsausschuss des Landtages landen häufig Beschwerden aus den brandenburgischen Gefängnissen. Häftlinge beklagen sich über die schlechte Verpflegung oder über zu wenige Briefmarken. Die jüngsten Hilferufe aus der Justizvollzugsanstalt Neuruppin-Wulkow (Ostprignitz-Ruppin) aber versetzen den Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Henryk Wichmann (CDU), in Alarmbereitschaft. Häftlinge schildern die Situation als unzumutbar. Die Bediensteten zeigten sich überfordert, das Personal sei häufig krank. Auch verfügten die Betreuer in eskalierenden Situationen nicht über ausreichende Fremdsprachenkenntnisse. "Die Leute da drehen durch", zitierte die Zeitung "Der Prignitzer" einen Ex-Insassen. In diesem Jahr hat es offiziellen Angaben zufolge bisher einen Selbstmord und einen weiteren Versuch gegeben.

Zudem schnitt sich ein Gefangener in einem Krankenzimmer der Ruppiner Kliniken mit der Klinge eines Einwegrasierers in den Arm. Dies wertete die Anstalt nicht als Suizidversuch. Petition angeblich unerwünscht Der Vorsitzende des Beschwerdeausschusses zeigt sich aus einem weiteren Grund hellhörig: "Mir wurde aus unterschiedlichen Quellen zugetragen, dass es massive Versuche gegeben hat, die Petitionen an den Landtag zu verhindern", sagte Wichmann der Berliner Morgenpost. Das Justizministerium unter Helmuth Markov (Linke) weiß davon nichts. "Uns liegen keine Ansatzpunkte dafür vor. Ein solches Verfahren wäre auch nicht in Übereinstimmung mit der Rechtslage", betont Vizeministeriumssprecher Alexander Kitterer. Er kündigt an: "Das Ministerium wird seine diversen Anstrengungen zur Unterstützung und Stabilisierung der Anstalt fortsetzen." Dass es in der JVA Neuruppin-Wulkow Probleme gibt, hat unlängst bereits der für den Strafvollzug verantwortliche Abteilungsleiter Ralf Andrä im Rechtsausschuss des Landtages eingeräumt.

Derzeit sind etwa 195 Gefangene in der Anstalt untergebracht. Mehrere Häftlinge schilderten zum Beispiel folgenden Fall: Am 5. Februar soll sich im videoüberwachten Schlichtungsraum mit der Nummer 107 Dramatisches abgespielt haben, ohne dass Beamte eingegriffen hätten. Gegen 18.30 Uhr soll ein Häftling mit dem Kopf gegen die Stahltür gerannt sein. Dabei habe er sich Verletzungen zugefügt. Er soll versucht haben, sich mit dem Reißverschluss eines Matratzenüberzugs die Pulsader aufzuschneiden. Als dies nicht funktionierte, habe der Mann zu einem Bettlaken gegriffen, um sich zu erhängen. Der schwerwiegende Vorwurf: Fünf Beamte hätten davor gestanden und hätten über eine Stunde lang nichts unternommen.

Auf Anfrage der Berliner Morgenpost erklärte der Ministeriumssprecher: "In dem Zeitraum, in dem der Gefangene gegen die Haftraumtür schlug, waren einschließlich der Leitungsebene acht Bedienstete zugegen." Diese seien keineswegs untätig geblieben. Der "als psychisch auffällig bekannte Gefangene" sei an dem damaligen Tag nach einer Haftunterbrechung aus einer psychiatrischen Klinik in die JVA zurückgebracht worden. Er habe sich gewehrt und beruhigte sich nicht. Schon als er im Klinikum abgeholt wurde, habe er "diverse Verletzungen im Gesicht aufgewiesen". Nachdem er versucht habe, sich mit einem Brillenglas Schnittverletzungen zuzufügen, sei er in dem überwachten Raum untergebracht worden. Der Raum sei fünfmal geöffnet worden, um mit dem Mann zu sprechen und ihm Mittagessen und Medikamente zu reichen. Bei einem Gespräch sei ein Dolmetscher dabei gewesen, bei einem weiteren ein Sozialarbeiter polnischer Herkunft. "Als festgestellt wurde, dass der Gefangene den Reißverschluss des Matratzenbezugs manipuliert hatte, um sich damit zu verletzen, wurde die Matratze entnommen", so das Ministerium. Er sollte daraufhin in einem anderen Haftraum fixiert werden.

Als er sich vom Notarzt nicht behandeln ließ, wurde er in die Klinik zurückgebracht. "Zu einem Bettlaken, mit dem er sich zuvor angeblich hatte erhängen wollen, gibt es keine Erkenntnisse", heißt es. Ein weiterer Fall wirft Fragen auf. Ende Januar nahm sich ein polnischer Gefangener das Leben. Den Vorwurf, der Suizid hätte möglicherweise verhindert werden können, wenn sich ein Polnisch sprechender Psychologe vorher um ihn gekümmert hätte, weist das Ministerium zurück. "Am 22. Januar führte eine Mitarbeiterin des allgemeinen Vollzugsdienstes mit dem Gefangenen ein sogenanntes Zugangsgespräch." Hinweise auf eine Suizidgefahr, die die Hinzuziehung eines Psychologen erfordert hätten, habe es dabei nicht gegeben. Nicht überzeugend hört sich allerdings die folgende Aussage des Ministeriums an: "Der Mann sprach zwar schlecht, aber hinreichend verständlich Deutsch, sodass die Hinzuziehung eines Dolmetschers entbehrlich war." Mit knapp 30 Prozent hat die Anstalt den höchsten Ausländeranteil im Land. In der JVA Neuruppin-Wulkow gibt es laut Ministerium zurzeit einen Psychologen, der auch Englisch und Französisch spreche.

Am 15. August werde eine weitere Psychologin ihren Dienst antreten, die auch Englisch und Russisch beherrsche. Außerdem sei in der JVA ein Sozialarbeiter tätig, dessen Muttersprache Polnisch sei. Zum Stichtag 31. März 2015 waren Gefangene aus 40 Nationen in Brandenburger Gefängnissen inhaftiert. Sprachkundiges Personal lasse sich "in hinreichendem Umfang weder gewinnen noch finanzieren", so der Ministeriumssprecher. Es seien aber für knapp 37.000 Euro Dolmetscher unter Vertrag. Das Ministerium bestätigt allerdings durchaus Missstände. Ein sehr ernstes Problem sei der seit längerem unbesetzte Posten der JVA-Leitung, sagte Abteilungsleiter Andrä im Rechtsausschuss des Landtages. Daher helfe der Leiter der Anstalt Wriezen, Wolf-Dietrich Voigt, zwei Tage die Woche aus. Mehr Personal gefordert. Die Situation dort sei "momentan insofern schwieriger als in anderen Justizvollzugsanstalten des Landes", als es "gravierende krankheitsbedingte Ausfälle" gebe. Auch im Bereich der Leitungsebene. Dadurch sei die Gesamtsituation angespannt. Zum Teil bestünden "Kommunikationsprobleme" bei der Teambildung des Personals. Gefangene berichten immer wieder, dass sich das Personal untereinander nicht verstehe. "Im Laufe des Jahres wird es uns gelingen, dort Normalität herzustellen", kündigte der Abteilungsleiter vor den Abgeordneten an.

Wolf-Dietrich Voigt, der die Leitung vorübergehend mit übernommen hat, fasste seinen Eindruck von der Situation in der JVA Neuruppin-Wulkow mit offenen Worten zusammen: "Wir brauchen dort eine bessere Kultur im Umgang mit Gefangenen. Dafür bedarf es eines anderen

Menschenbildes." Dieses werde, so schränkt er mittlerweile ein, "nicht durchgängig in Neuruppin gelebt". Die CDU hat nun eine Anfrage an die Regierung gestellt. Der Vizevorsitzende des Rechtsausschusses Danny Eichelbaum (CDU) fordert für die JVA Neuruppin-Wulkow vor allem mehr Personal und benennt das Hauptproblem aus seiner Sicht: "Es muss endlich die Leitung besetzt werden."

Quelle: Berliner Morgenpost, 13.07.2015



08.07.2015 Treffen mit der Mannschaft der Fregatte Brandenburg in Potsdam



01.07.2015 Sommerfest der Landesregierung

Ausgewählte Termine September / Oktober 2015

- 26.09.2015 11 Uhr Bürgerfest Landtag Brandenburg
- 27.09.2015 15 Uhr 1. Bundesliga Ringen in Luckenwalde
- 28.09.2015 18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes
- 29.09.2015 10 Uhr Sitzung des CDU-Arbeitskreises Innen- und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion in Potsdam
14 Uhr Sitzung der Parlamentarischen Kontrollkommission in Potsdam
- 30.09.2015 9.30 Uhr Sitzung des Gemeinsamen Richterwahlausschusses Berlin/Brandenburg in Berlin
- 01.10.2015 11.30 Uhr Sitzung des Rechtsausschusses des Landtages
15 Uhr Kaffeeklatsch in Ludwigsfelde
19 Uhr Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umwelt des Kreistages in Luckenwalde
- 02.10.2015 18.30 Uhr Empfang des Landkreises TF anlässlich des Tages der Deutschen Einheit in Luckenwalde
- 06.10.2015 10 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises für Innen- und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 08.10.2015 13.30 Uhr Sitzung des Ausschusses für Infrastruktur und Landesplanung
- 10.10.2015 19 Uhr Heimkampf des 1.LSC in der 1. Bundesliga in Luckenwalde 12.10. 2015 11 Uhr Amtseinführung des neuen OLG Präsidenten in Brandenburg a.d.H.
18.30 Uhr Sitzung des CDU-Kreisvorstandes
- 13.10.2015 10 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises für Innen- und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 15.10.2015 18 Uhr 25 Jahre CDU-Landtagsfraktion Brandenburg
- 16.10.2015 Schultour durch den Wahlkreis
- 19.10.2015 17 Uhr Sitzung des Kreisausschusses in Luckenwalde
- 20.10.2015 10 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises für Innen- und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 22.10.2015 15 Uhr Besuch der Justizvollzugsanstalt Brandenburg
- 27.10.2015 10 Uhr Sitzung des CDU Arbeitskreises für Innen- und Rechtspolitik
11 Uhr Sitzung der CDU-Landtagsfraktion
- 30.10.2015 15 Uhr Besuchergruppe aus dem Landkreis TF im Landtag

Impressum: Wahlkreisbüro Danny Eichelbaum MdL, Albert-Tanneur-Straße 27, 14974 Ludwigsfelde
Tel: 03378/5480888 Fax: 03378/5480886 E-Mail: info@danny-eichelbaum.de